

„Rucksacktrinker“: FDP gegen, CDU für Specht-Vorstoß

## Politischer Streit um Alkoholverbot

Von unserem Redaktionsmitglied  
Peter W. Ragge

Zu einer politischen Kontroverse hat der Vorstoß von Erstem Bürgermeister Christian Specht geführt, bei Straßenfesten in einigen Vororten ein zeitlich und räumlich begrenztes Alkoholmitnahmeverbot einzuführen (wir berichteten). Er will so Ausschreitungen alkoholierter Jugendlicher verhindern, die sich vorher in Supermärkten mit „Stoff“ eindecken („Rucksacktrinker“).

„Diese Regelung stellt alle Bürger gleichermaßen unter Generalverdacht. Das eigentliche Problem einzelner Gewalttäter wird damit nicht gelöst. Wer sich betrinken will, wird dies woanders tun und danach auf das Fest gehen“, glaubt Stadtrat Volker Beisel (FDP). „Dies würde viele Bürger treffen, die in geselliger Runde einen friedlichen Abend miteinander verbringen wollen. Gewalttätige Übergriffe hingegen sind schon jetzt verboten. Wir haben kein Rechtsproblem, sondern ein Vollzugsproblem“, glaubt FDP-Kreisvorsitzende Dr. Birgit Reilmund. „Anstatt volljährigen Bürgern die einfache Mitführung von Alkohol zu verbieten, sollte sich Herr Specht für wirksamere Präventionsarbeit ein-

setzen“, fordert JuLi-Kreisvorsitzende Anja-Katarina VanSyckel.

„Mit Nachdruck unterstützt“ wird der Vorstoß von Specht dagegen von der CDU-Gemeinderatsfraktion, betont deren Vorsitzender Carsten Südmersen. „Die verstärkten Rucksackkontrollen und Platzverweise werden in vielen anderen Städten erfolgreich durchgeführt“, weiß er. In Karlsruhe laufe die Arbeit der Jugend-, Sozial- und Ordnungsverwaltung mit der Polizei „Hand in Hand“. Auch in Freiburg und Singen gebe es „interessante Ansätze“. Das Mannheimer Jugendamt habe in einer Verwaltungsvorlage zu dem Thema aber „die Problematik verharmlöst“, beklagt die CDU.

### „Blaue Briefe“ wirken

Aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion werden inzwischen aber Eltern von Jugendlichen, die in der Öffentlichkeit betrunken aufgegriffen werden, in Zukunft schriftlich über das Fehlverhalten ihres Nachwuchses informiert – sozusagen mit einem „Blauen Brief“. „Auf frischer Tat ertappt und dann in Uniform daheim abgeliefert – das wirkt und hat sich als guter Weg erwiesen, den wir fortsetzen sollten“, ist CDU-Stadträtin Gabriele Egler-Huck sicher.